

Ausschuss für Inneres und Sport

(24. - öffentliche - Sitzung am 16. August 2018)

Beratungsthemen:

1. a) **Entwurf eines Reformgesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/850](#)
- b) **Für ein Niedersächsisches Gefahrenabwehrgesetz ohne Symbolpolitik und Generalverdacht**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/828](#)

Der Ausschuss führte zu dem Gesetzentwurf und dem Antrag eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Rechtsanwalt Dr. Cornelius Held, Nürnberg
- Chaos Computer Club e. V.
- Digitalcourage e. V.
- Bündnis #noNPOG - Nein zum neuen niedersächsischen Polizeigesetz

2. **Beschlussfassung über Anträge auf Unterrichtung durch die Landesregierung**
 - a) **Unterrichtung über eine Konzeption des Landeskriminalamtes zur Aufarbeitung sogenannter „cold cases“**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Unterrichtungswunsch zu entsprechen, und bat die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung in einer der nächsten Sitzungen.

- b) **Ergänzende Unterrichtung über die Bedrohung von Bürgern in Eschede durch einen Asylbewerber aus dem Sudan**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Unterrichtungswunsch zu entsprechen, und bat die Landesregierung um eine mündliche Unterrichtung. Die Unterrichtung soll in einem vertraulichen Sitzungsteil entgegengenommen werden. Zudem beschloss der Ausschuss auf Antrag der AfD-Fraktion, dass Abg. Stephan Bothe (AfD) gemäß § 94 Abs. 2 GO LT mit beratender Stimme zu diesem Sitzungsteil hinzugezogen werden soll.

3. **Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung betreffend den Aufenthalt des ehemaligen Vorsitzenden der Justiz im Iran Ayatollah Shahroudi in Hannover (2. Tranche)**

Der Ausschuss beschloss gemäß § 95 a GO LT die Vertraulichkeit der mit Schreiben des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport vom 3. Juli 2018 vorgelegten Unterlagen.

4. a) **Zivilbevölkerung in Syrien schützen - niedersächsischer Verantwortung gerecht werden!**
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/830](#)
- b) **Familiennachzug dauerhaft aussetzen**
Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/843](#)

(abgesetzt)

5. **Altersfeststellung bei jugendlichen Flüchtlingen**

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 18/1064](#)

Der Ausschuss erörterte die Grundzüge des Entschließungsantrages und besprach Verfahrensfragen. Er verständigte sich darauf, den Antrag gemeinsam mit dem Antrag der AfD-Fraktion ([Drs. 18/147](#)) zu diesem Thema zu beraten.

6. **Testphase zur Einführung einer Elektroschockwaffe (Taser) bei der niedersächsischen Polizei**

Antrag der Fraktion der AfD - [Drs. 18/1086](#)

Der Ausschuss besprach Verfahrensfragen. Er verständigte sich darauf, den Antrag in die Beratung zum Entwurf eines Reformgesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze ([Drs. 18/850](#)) miteinfließen zu lassen. Zudem bat er die Landesregierung, in diesem Rahmen darüber zu unterrichten, welche Erfahrungen mit dem Einsatz von Tasern in anderen Bundesländern gemacht worden sind.

7. **Beleidigungen, Drohungen, Hass und Gewalt gegen kommunale Amts- und Mandatsträger, Rettungskräfte und Ehrenamtliche sind nicht hinnehmbar - Land und Kommunen müssen gemeinsam aktiv werden**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1175](#) neu

Der Ausschuss erörterte die Grundzüge des Entschließungsantrages und besprach Verfahrensfragen. Er verständigte sich darauf, eine Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, bis zum 22. August 2018 den Kreis der Anzuhörenden zu benennen.

Außerhalb der Tagesordnung:

Parlamentarische Informationsreise

Der Ausschuss sprach über das Programm seiner für den 29. August bis 1. September 2018 geplanten Informationsreise nach Bayern. Der Ausschuss beschloss, zwei Plätze für Vertreter der LPK zur Verfügung zu stellen.